



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 22. April 2020
(OR. en)

7467/20

COAFR 113
COPS 120
CFSP/PESC 321
DEVGEN 47
ACP 25
COHAFA 17
COTER 17

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Delegationen
Betr.: Mosambik
– Schlussfolgerungen des Rates (22. April 2020)

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates zu Mosambik, die am 22. April 2020 im schriftlichen Verfahren angenommen wurden.

Schlussfolgerungen des Rates zu Mosambik

1. Die Unterzeichnung des Abkommens für Frieden und nationale Aussöhnung durch die Regierung Mosambiks und RENAMO im August 2019 bietet erneut die Gelegenheit zur Schaffung eines mit Versöhnung und Stabilität einhergehenden dauerhaften Friedens. Die EU ist nach wie vor fest entschlossen, dies zu unterstützen. Transparenz und Inklusivität im Friedensprozess sind von entscheidender Bedeutung, wobei die Teilhabe von Frauen und Jugendlichen und die Geschlechterperspektive besondere Aufmerksamkeit verlangen.
2. Konkrete Fortschritte bei Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) tragen auch maßgeblich zu einer dauerhaften Aussöhnung bei. Dafür sind sofortige und nachhaltige Maßnahmen notwendig, und die EU appelliert an beide Seiten, ihren Verpflichtungen in diesem wichtigen Bereich nachzukommen. Wirksame Dezentralisierungsmaßnahmen werden ebenfalls entscheidend sein.
3. Die sich ständig verschlechternde Sicherheitslage und humanitäre Lage in der Provinz Cabo Delgado erfordert dringend Aufmerksamkeit, wobei die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten ist. Die jüngsten Anschläge in Mocimboa da Praia und Quissanga geben Anlass zur Sorge. Die Lage erfordert es, dass die Behörden wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ergreifen, Ermittlungen durchführen, um die Täter vor Gericht zu bringen, und gegebenenfalls die Rolle terroristischer Organisationen und ihre potenziellen internationalen Verbindungen ermitteln.
4. Die EU ist bereit, in einen Dialog einzutreten, um unter Berücksichtigung des komplexen und regionalen Charakters der Situation wirksame Optionen für die Unterstützung zu ermitteln und die relevante grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Mosambik und seinen Nachbarn zu unterstützen. Es bedarf eines integrierten und koordinierten Ansatzes, der die Förderung von Demokratie, der Menschenrechte und einer wirksamen lokalen Governance, die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit sowie ein Vorgehen gegen die sozioökonomischen Bedingungen, die Instabilität und gewaltbereiten Extremismus begünstigen, umfasst.

5. In Dialog mit den Behörden ist die EU bereit, die Umsetzung der Empfehlungen ihrer Wahlbeobachtungsmission zu unterstützen, um vor den nächsten Kommunal- und Parlamentswahlen die Demokratie zu festigen und das Vertrauen aller Mosambikaner in die Institutionen zu stärken.
6. Die EU ist zur Zusammenarbeit mit Mosambik entschlossen, um einen nachhaltigen wirtschaftlichen Wandel und eine nachhaltige Diversifizierung zu fördern, mit besonderem Augenmerk auf produktive Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit, wobei Frauen und junge Menschen sowie die Notwendigkeit eines integrativen Wachstums im Mittelpunkt stehen, unter Beachtung der spezifischen Bedürfnisse ländlicher Gebiete und unter Einbindung der Prävention und Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels. Die EU ist bereit, Mosambik bei den notwendigen Reformen der wirtschaftlichen und politischen Governance zu unterstützen, um größere makroökonomische Stabilität, ein verbessertes Geschäftsklima für alle Wirtschaftsakteure, Tragfähigkeit und Transparenz der öffentlichen Finanzen, Zugang zu hochwertigen grundlegenden Dienstleistungen und eine gerechte Verteilung der Einnahmen, nicht zuletzt aus dem Gassektor, da Mosambik das Potenzial hat, sich zu einem der größten Erdgasproduzenten der Welt zu entwickeln, zu erreichen. Nachhaltige Maßnahmen gegen Korruption werden einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung des Vertrauens der Investoren leisten.
7. Die EU ist ferner bereit, Mosambik dabei zu unterstützen, aufbauend auf der kontinuierlichen wirksamen Umsetzung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens und auch vor dem Hintergrund der Entwicklung der afrikanischen kontinentalen Freihandelszone seine regionale Integration zu vertiefen und seine Ausfuhren zu diversifizieren.
8. Ein Jahr nach den Wirbelstürmen „Idai“ und „Kenneth“ steht Mosambik weiterhin vor humanitären und klimabezogenen Herausforderungen. Besonders besorgniserregend ist die humanitäre Lage in Cabo Delgado, wo gewaltbereiter Extremismus Tausende in die Flucht getrieben hat. Parallel zu den laufenden Wiederaufbaumaßnahmen bekräftigt die EU, dass sie entschlossen ist, die Stärkung der Resilienz zu unterstützen und weiterhin humanitäre Hilfe zu leisten, auch im Hinblick auf die Krisenvorsorge und -reaktion.

9. Angesichts des COVID-19-Ausbruchs erkennt die EU an, dass es entscheidend sein wird, Pläne, Maßnahmen und Zeitpläne in allen Arbeitsbereichen anzupassen. Die EU bekräftigt ihre Solidarität und ist bereit, die Regierung Mosambiks in ihren Bemühungen zu unterstützen, die potenziellen negativen Auswirkungen der Pandemie auf den Gesundheitssektor zu mindern sowie ihre umfassenderen humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung Mosambiks und insbesondere die ärmsten und schutzbedürftigsten Gruppen abzuschwächen.
-